

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 8. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 262.

Dienstag, den 9. November 1897.

4. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Der Stand der Strafvollzugsfrage.

Es vergeht kaum mehr eine Woche, in der nicht eine laute und dringende Beschwerde über die Behandlung von politischen Gefangenen resp. von wegen Preßvergehen verurtheilten Redakteuren in den Blättern erhoben wird. Da ist ein verurtheilter Redakteur mit Ketten gefesselt transportirt worden; dort hat ein anderer Mohrfrühle fledten, Kafferböhen lesen oder sonst irgend eine Zwangsarbeit verrichten müssen. Man würde entscheiden zu weit gehen, wenn man sagen würde, daß nur sozialistische Redakteure mit besonderer Strenge behandelt würden. Denn ein Redakteur der antisemitischen „Staatsbürger-Zeitung“ hat soeben veröffentlicht, daß auch er keineswegs angenehme Erfahrungen gemacht hat, als man ihn während einer von ihm zu verbüßenden Haft behufs Zeugenernehmung nach dem Gerichtsgebäude brachte. Er wurde dort mit Verbrechern niedriger Art zusammen gesperrt und mußte Hunger leiden, so behauptet er.

Es ist natürlich, daß die oppositionelle Presse immer wieder auf den Fall Hammerstein zurückkommt und betont, daß dieser Buchhändler allerlei Vergünstigungen erhalten hat. Zu wundern braucht man sich aber darüber nicht. Hammerstein, der alte Sünder, ist eben noch besserungsfähig und wird, wenn er das Buchthaus verläßt, ein frommer und zahmer Mann sein, der sich vielleicht als Traktätschreiber oder in ähnlichen Missionen noch große Verdienste erwerben kann. Sozialdemokraten aber sind gemeinhin unverbesserlich und darum muß man gar strenge mit ihnen verfahren.

Die politischen Gefangenen wurden früher weniger streng behandelt; in den meisten deutschen Vaterländern war ihnen erlaubt, sich selber zu beschäftigen und sich nach Belieben zu beschäftigen.

Das änderte sich aber, als Bismarck, einige Jahre nach der Reichsgründung, einen besonderen Haß auf die „reichsfeindlichen Zeitungsschreiber“ warf, dieselben mit Tausenden von Strafanträgen verfolgte und demgemäß auch dafür sorgte, daß sie in der Haft nicht allzu milde behandelt wurden.

Bismarck selbst hat immer journalistische Arbeiten geliefert, für die „Kreuzzeitung“, für die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ und für die „Hamburger Nachrichten“.

Nichtsdestoweniger haßte er die Journalisten grade so heftig, wie das bei den meisten reaktionären Staatsmännern zu finden ist.

In stürmischen Zeiten kommt dieser Haß zum Ausdruck in oftmals blutigen Maßregeln. 1848 wurden in Wien Journalisten wegen ihrer Artikel zum Tode verurtheilt und erschossen; das Gleiche geschah 1849 einem Redakteur, der in der von den Preußen belagerten Festung Raastadt ein demokratisches Blatt herausgegeben hatte. 1871 bei der Niederwerfung des Kommune-Aufstandes wurde Mellière wegen seiner Zeitungartikel erschossen und Andere wurden wegen ihrer angeblichen Preßvergehen zur Zwangsarbeit nach Neu Caledonien deportirt.

Bismarck erklärte seiner Zeit, als er viele Tausende von Deutschen wegen Beleidigung des „großen Staatsmannes“ verfolgen ließ, er sei kein „dickfelliger“ Minister und habe auch keine Lust, jemals ein solcher zu werden. Gegen die Mitte der siebziger Jahre wurden in Bezug auf die Behandlung von politischen Gefangenen neue Maßregeln getroffen, und obgleich wir keine einheitliche Strafvollzugsordnung haben, so mußte doch Bismarck mit seinem Einfluß so ziemlich überall eine strengere Behandlung der „Preßverbrecher“ durchzusetzen.

Der Abgeordnete Vasker fuhr im Reichstage einmal mit einem Ausschrei der Entrüstung gegen diese „Regelung nach der Knute hin“, wie er es nannte, los, allein es war schon viel zu spät. Die Nationalliberalen hätten gleich nach der Reichsgründung, als sie noch politische Macht besaßen, Garantien für eine humanere Behandlung der Gefangenen verlangen sollen. Sie konnten damals viel erreichen, wenn sie nur etwas Entschlossenheit gehabt hätten, denn Bismarck hatte ein großes Interesse daran, seine „Errungenschaften“ rasch unter Dach und Fach zu bringen.

Vor dem Kriege hatte sich eine etwas humanere Richtung Bahn gebrochen und man wird sich erinnern, daß Bismarck noch im Norddeutschen Reichstage 1870

alle Anstrengungen machen mußte, um die Todesstrafe aufrecht zu erhalten. Aber nachdem einmal eine reaktionäre Richtung unter der Bismarck'schen Aera in den Fragen des Strafvollzugs zum praktischen Durchbruch gelangt war, da erhob sich von allen Seiten der Ruf nach Verschärfung der Strafen und nach äußerster strenger Behandlung der Verurtheilten. Den Unterschied zwischen dem gemeinen Verbrecher und dem politischen Angeklagten suchte man möglichst zu verwischen. Es waren nicht bloß Preßföhdlinge niedriger Art, Kostgänger des Reptilienfonds und anderes Schmarozertum, das eifrigst alle Verschärfungen für notwendig erklärte, um sich durch seinen Eifer an gewissen Stellen beliebt zu machen; auch ernsthafte Männer von tadelloser persönlicher Ehrenhaftigkeit, aber reaktionärer Gesinnung suchten die Härten des Mittelalters wieder heraus und wollten sie in das moderne Leben verpflanzen. Es geht in der That ein Zug der Härte durch diese bürgerliche Gesellschaft. Wenn man bedenkt, daß den Arbeitslosen nur unter harter Arbeit und bei schmaler Kost Rettung vor dem Untergang gewährt wird — was soll man da von der bürgerlichen Humanität für die Gefangenen erwarten? Der Philister ist an seinem Viertisch immer für strenge Behandlung der Gefangenen, die er nach seiner Meinung „mit seinem Gelde“ erhalten muß. Darum möchte er ihnen auch die Lust austreiben, im Gefängnisse zeitweilig Schutz gegen Hunger und Mangel zu suchen, ohne zu begreifen wie unsäglich traurig es ist, daß dergleichen Dinge überhaupt vorkommen können. Wenn dann noch ein Gelehrter kommt und „wissenschaftlich“ nachweist, daß man die Verbrechen jeglicher Art strenger strafen und die Gefangenen strenger behandeln müsse — was kann da noch fehlen? In der That kann sich die bürgerliche Gesellschaft von der Abschreckungstheorie nicht trennen, und die Versuche, die einige Regierungen in Bezug auf neue Theorien im Strafvollzug sich haben abnütigen lassen, sind ohne größere Bedeutung geblieben.

Unter diesen Umständen und bei der immer stärker anschwellenden reaktionären Hochfluth im Reiche ist momentan eine humanere Strafvollzugsordnung kaum zu erreichen. Der Journalistentag in Leipzig hat eine Petition an den Reichstag und Bundesrath gerichtet, eine humanere Behandlung der wegen Preßvergehen Verurtheilten eintreten zu lassen. In dieser Form scheint uns die Sache zu einseitig behandelt. Eine zeitgemäße Strafvollzugsordnung muß für Jedermann Garantien gegen allzu harte Behandlung bieten.

Wenn die nächsten Wahlen eine andere Reichstagsmehrheit bringen, so kann die Sache vielleicht mit mehr Erfolg in Angriff genommen werden.

Es geht auch in politisch freieren Ländern, z. B. in England und in der nordamerikanischen Union, mit den Reformen auf dem Gebiete des Strafvollzugs recht langsam vorwärts und man findet dort oft abscheuliche Barbarei neben der politischen Freiheit.

Das beweist eben, daß die Härten im Strafvollzug aus dem Geiste der Klassenherrschaft entspringen und sich mit dieser mannigfach erhalten. Erst mit ihr werden sie ganz verschwinden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Reichstag. Die „Berl. Pol. Nachr.“ schreiben allem Anscheine nach offiziös:

„Es wird uns bestätigt, daß der Reichstag für den letzten Tag des November nach Berlin berufen und ihm bei seinem Zusammentritt neben dem Etat auch die Marinevorlage und die Militär-Strafprozess-Ordnung sofort vorgelegt werden dürften.“

Die Wahl in Westpreignitz. Neben dem badischen Landtagswahlen ist es die Wahl in Westpreignitz, welche die Gemüther bewegt. Die Junker sind aus dem Häuschen. Die „Kreuz-Zeitung“ schreibt:

„Eine richtige Junkerhege haben wir erlebt. Auf fallend war es, daß der Freisinn in der Form sehr gemäßigt auftrat. Der Antisemitismus dagegen derbe und grob. Dadurch hat letzterer sich geschadet, ersterer viele eingenommen. Versammlung auf Versammlung folgte sich, nicht bloß in den Städten, sondern auch auf den Dörfern, so daß schließlich hier die Frauen schon schwierig werden wollten.“

Daß aber die Herren Junker keineswegs bloß harmlos verfolgte Lämmlein waren, dafür legen folgende unbestritten gebliebene Mittheilung der „Freisinnigen Zeitung“ über die konservative Wahlmache bereites Zeugniß ab:

„Das platte Land des Wahlkreises zerfällt bei etwa 10000 Wahlberechtigten in nicht weniger als 156 Wahlbezirke, sodaß im Durchschnitt auf jeden Wahlbezirk nur etwa 60 Stimmen entfallen. Nun hat man eine Anzahl Dörfer mit Gutsbezirken zusammengelagert und zum Wahllokal das Gutshaus gemacht. In nicht weniger als 35 Wahlbezirken findet die Wahl im Gutslokal statt. Der Gutsbesitzer ist der Wahlvorsteher, der Schatz sein Stellvertreter. In anderen Fällen aber bilden die Gutsbezirke auch für sich einen eigenen Wahlbezirk. So kommen in der Westpreignitz Wahlbezirke vor, welche weniger als 20, ja selbst weniger als 10 Wahlberechtigte zählen. Natürlich ruht man in diesen kleinen Bezirken nicht eher, als bis der letzte Wahlberechtigte an der Urne erschienen ist und seinen selbstverständlich konservativen Wahlzettel abgegeben hat. Denn von Wahlgeldern kann in solchen kleinen Bezirken ganz und gar nicht die Rede sein. So gibt es beispielsweise einen Wahlbezirk Friedrichswalde mit 6 Wahlberechtigten. Der Vorsteher ist hier Wahlvorsteher, der Jagdwaldhüter sein Stellvertreter. Selbstverständlich haben die übrigen 4 Wahlberechtigten konservativ zu stimmen. Die Bildung solcher kleiner Wahlbezirke ist ein besonderer Wahlschick aus der Regierungszeit des Ministers v. Puttkamer.“

Dies also waren die Verhältnisse, unter denen die „Junkerhege“ stattfand. Daß die Junker nichtsdestoweniger eine empfindliche Schlappe erlitten haben, ist eben ein Beweis, wie sehr die Erbitterung gegen das Junkerthum immer weitere Kreise der Bevölkerung erfährt.

Zur Stichwahl in der Westpreignitz zwischen dem konservativen Kandidaten v. Soldern und dem Freisinnigen Max Schulz schreiben die Deutsch-sozialen Blätter des Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg: „Die Stichwahl macht uns wenig Kopfzerbrechen. Wir stehen ihr vollständig kühl gegenüber und würden es für zweckmäßig halten, wenn weder von der Parteileitung noch von den Vertrauensmännern im Kreise irgend eine Wahlparole ausgegeben würde. Möge jeder unserer Wähler selbst entscheiden, ob er einen der beiden Kandidaten als das kleinere Uebel ansehen oder ob er sich der Wahl enthalten will.“

Die antisemitische Partei bereitet gegen die Hauptwahl einen Protest an den Reichstag vor. Der interessanteste Theil des Protestes beschäftigt sich, wie die „Staatsbürger-Zeitung“ schreibt, mit dem Verhalten mehrerer Amtsvorsteher, die in ihren Amtsbezirken das Zustandekommen antisemitischer Wählerversammlungen verhindert oder sonst unter Gebrauch ihres amtlichen Ansehens die Wähler zu beeinflussen gesucht haben, und mit der eigenthümlichen Art, mit der Landrath v. Jagow die hiergegen erhobenen Beschwerden „eingehend untersucht“ und als „glänzend widerlegt“ erklärt hat.

Die „Kreuz-Zeitung“ ist über die Verweigerung der antisemitischen Wahlhilfe empört. Wir drucken bloß den schönen Schlußsatz der konservativen Polemik gegen die Antisemiten ab:

„Fraglich will es uns nur scheinen, wie lange noch sich die antisemitischen Parteimitglieder von ihren Führern für eine Politik werden mißbrauchen lassen, die lediglich den Interessen der Börse und des Judenthums dient.“

Zur Militärstrafprozessreform erfährt der „Hann. Cour.“ aus Berlin, daß der Ausschuß des Bundesraths durchaus nicht gewillt gewesen sei, die Reform selbst durch das Moment des bayerischen Reservatrechts in Frage stellen zu lassen, vielmehr die Lösung dieses neu aufgetauchten Streites aus dem Gesetz selbst in das Einführungs-gesetz verwiesen habe. Darin sollte ausdrücklich festgesetzt werden, daß die Reservatrechtsfrage einer späteren Entscheidung vorzubehalten sei.

Zu Sachen der Bäckerei-Verordnung hat der Reichs-Langler der „Schles. Zig.“ zufolge die Bundesregierungen von Neuem um eine Mittheilung darüber ersucht, welche Erfahrungen bisher bei der Durchführung der Bestimmungen gesammelt sind. „Namentlich kommt es hierbei auf die Feststellung an, ob nachtheilige Wirkungen der Verordnung bei ihrer praktischen Durchführung mit Sicherheit erkennbar geworden sind, worin sie bestehen und ob insbesondere Umstände zu Tage getreten sind, die die Klagen über eine infolge dieser Verordnung angeblich eingetretene schwere wirtschaftliche Schädigung des Bäckergewerbes und das Schwinden des guten Einvernehmens zwischen Meister und Gesellen als begründet erscheinen lassen.“

Zum Fall Liebknecht schreibt M. Harden in der „Zukunft“ u. A.: Der Fall, der dem schon vorher allzu stark angeschwollenen Martyrologium der Sozialdemokratie ein neues Blatt hinzugefügt und dem Lebensabend des alten Herrn Liebknecht die Gloria sichert, wird im Reichstag erörtert werden und dann wird man endlich wohl auch

einmal laut von der eines zivilisierten Volkes unwürdigen Behandlung sprechen, der die wegen politischer Vergehen Verurtheilten bei uns ausgeführt sind. Für solche „Verbrecher“ wäre die Entziehung der Freiheit, wäre Festungshaft eine hart genug drückende, der Schwere des Deliktes entsprechende Strafe und man könnte ihnen, wie in anderen halbwegs kultivierten Ländern, die Pflicht, ihre Zelle zu säubern, ersparen und den Gefangenen mindestens das Recht gewähren, sich selbst zu befristigen. Herr Liebkecht ist durch seine Parteistellung daran verhindert, um Verhüttigungen zu bitten; schwer aber wird die Verantwortung auf denen lasten, die einen Kreis zwingen, monatelang Kumpfsch zu essen und in einem engen Raum zu verweilen, in welchem er auch die Nothdurft verrichten muß.

Die Frage der Verjährung von Strafverfolgungen gegen Reichstagsabgeordnete beschäftigte am Donnerstag die Strafkammer I des Berliner Landgerichts. Unser Parteigenosse, Reichstagsabgeordneter Richard Fischer hatte sich wegen Theilnahme an einer angeblichen Versammlung, die nicht angemeldet war, am 10. Februar 1896 zu verantworten. Bei jener Gelegenheit war der als Kellner verkleidet gewesene Schuyman Haafe auch auf den Abg. Fischer zugezogen und hatte ihm gesagt: „Sie sind mein Arrestant!“ Fischer hatte sich den Überzeiger angezogen und folgte dem Beamteten, nach einigen Schritten bemerkte ihn jedoch der Kriminalkommissarius Schöne, der ihn als Abgeordneten kannte, und er wurde deshalb nicht weiter sistirt, sondern erst am nächsten Tage polizeilich vernommen. Das Verfahren gegen die 56 Theilnehmer an jener Vertrauensmänner-Binnenkunft ging seinen Gang, gegen Fischer aber ruhte das Verfahren bis zum Schlusse der Reichstagsession. Erst am 6. September wurde die Anklage gegen ihn erhoben. Das Schöffengericht erkannte auf Einstellung des Verfahrens, weil es der Ansicht war, daß Verjährung vorlag. Nach Art. 31 der Reichsverfassung sei die Genehmigung des Reichstages zur strafrechtlichen Verfolgung eines Reichstagsmitgliedes nicht erforderlich, wenn letzteres bei Ausübung der That oder im Laufe des folgenden Tages ergriffen werde. Ein solches Eingreifen auf früherer That liege hier unbedingt vor und deshalb sei Verjährung eingetreten. Hiergegen legte der Staatsanwalt die Berufung ein. St.-A. Hilbery führte aus, daß das Schöffengericht das Gesetz falsch ausgelegt habe. Eine „Ergriffung bei Ausübung der That“, im Sinne des Art. 31 der Reichsverfassung liege nicht vor und damit falle die Zulässigkeit der Strafverfolgung ohne Zustimmung des Reichstages. „Ergriffen“ sei etwas Anderes als „Betroffenwerden“. Es liege noch von keiner autoritativen Seite Kommentare darüber vor, was unter „Ergriffen“ im Sinne des Art. 31 zu verstehen sei. Man brauche den betreffenden Mann nicht gerade direkt am Krage zu packen, es müssen aber doch immer Handlungen vorgenommen werden, die den Arrestanten in die Gewalt des Beamten bringen und die persönliche Freiheit thatsächlich entziehen. Der Staatsanwalt beantragte 150 Mt. Geldstrafe. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt des Staatsanwalts. Nach seiner Ansicht sei es nicht zweifelhaft, daß die Versammlung öffentlichen Angelegenheiten dienen sollte, außerdem stelte die Bemerkung des Schuyman's Haafe kein „Ergriffen bei Ausübung der That“ dar. Eine Verjährung liege somit nicht vor. Der Gerichtshof hob das erste Erkenntnis auf und verurtheilte den Angeklagten zu 40 Mt. Geldstrafe event. 8 Tagen Haft.

Da Fischer Revision einlegt, wird das Kammergericht sich noch mit der Sache zu befassen haben.

Eine neue Aera der politischen Rechtsprechung würde vom 5. November an datiren, wenn der vom Schöffengericht in Neunkirchen aufgestellte Grundsatz allgemeine Geltung erlangen sollte. Wie das Telegramm meldete, sprach im Prozeß Stöcker-Sturm das Schöffengericht den beklagten Freiherrn von Sturm frei, indem es ihm als Gegner der christlich-sozialen Bewegung die Wahrnehmung berechtigter Interessen und damit den Schutz des § 193 St.-G.-B. zuerkannte.

Das Urtheil mußt uns an wie eine Kunde aus längstvergangener Zeit, wo noch nicht von den Gerichten der § 193 die Einschränkung erfahren hatte, daß nur die Vertretung rein individueller Interessen den Schutz des § 193 zulasse. Es ist heute so gut wie allgemeingültiger Grundsatz der Gerichte, Parteiinteressen nicht als diesen Schutz bedingende gelten zu lassen. Wir sind durchaus einverstanden, wenn der vom Neunkirchner Schöffengericht aufgestellte Grundsatz zu allgemeiner Geltung kommt, daß politische Gegnerchaft als berechtigtes Interesse gelten soll. Hätte er früher gegolten, so würde auch gar manchem Sozialdemokraten, der wegen der berechtigten Kritik von Gegnern büßen mußte, der Schutz des § 193 zu Gute gekommen sein.

Margarinegesetz und Butterpreise. In dem Bericht über den Buttermarkt im „Hamb. Fremdenblatt“ wird ausgeführt, daß die Butterpreise zur Zeit verhältnißmäßig hohe sind. „Gehen doch — so heißt es dann — z. B. die heutigen Notirungen in Hamburg bei feinsten Butter bis zu 120 Mt. pr. 50 Kg. Netto hinaus, und das trotz des Margarinegesetzes. Was das Letztere betrifft, so scheint man auch in Fachkreisen immer mehr einzusehen, daß dasselbe dem verstärkten Butterkonsum jedenfalls sehr wenig nützt. Beispielsweise sei angeführt, daß in einer landwirthschaftlichen Versammlung in Wilmstedt Herr Meierei-Inspektor Frahm aus Elmshorn, ein anerkannter Fachmann, es ganz offen ausgesprochen hat, daß man sich von dem Gesetze Nichts versprechen dürfe; und eine Zeitung

Schleswig-Helsterns schreibt wörtlich: Man glaube, daß das Margarinegesetz im Interesse der Naturbutter-Produktionen liege und man bessere für Naturbutter erzielen werde, wenn man dem Handel mit Margarine Schwierigkeiten bereite. Das Gegentheil scheint aber eintreten zu sollen. Viele Händler in Schleswig-Holstein, welche früher Naturbutter und Margarine zugleich gestrichelt, haben beschlossen, nachdem der Handel mit Naturbutter und Margarine in einem Local nicht mehr zulässig ist, nur Margarine führen zu wollen. In der Wilmstedter Versammlung kam man zu dem Schlusse, daß für den Landwirth nur Selbsthilfe bleibe, und deshalb wurde auch eine Resolution angenommen, nach welcher es allen Landwirthlichen zur Pflicht gemacht wird, keine Margarine zu verwenden und der Verbreitung derselben mit allen Mitteln entgegen zu wirken.“ Bei den Agrariern gelangt eben nichts mehr. Mit dem Börsengesetz haben sie Piaske gemacht; mit dem Margarinegesetz geht es nicht besser!

Der Polenfonds, d. h. der Anleihekredit zum Ankaufen der Polen aus ihren Besitztungen in Posen und Westpreußen soll, wie die „Nationalztg.“ erfährt, in der nächsten Landtagsession um 100 Millionen Mark erhöht werden. Auch die erste Kreditbewilligung von 1886 lautet bekanntlich auf 100 Mill. Mt., wovon bis zum 1. April 1896 69 Millionen Mt. verbraucht waren. — In der Form ist diese Kreditbewilligung verfassungswidrig; denn es wird hier ein Anleihekredit auf eine Reihe von Jahren hinaus bewilligt, während die Verfassung vorschreibt, daß alle Einnahmen und Ausgaben des Staats jährlich auf den Etat gebracht werden müssen.

Die Naumannier haben große Kosinen im Saal. So beabsichtigen sie, bei den nächsten Reichstagswahlen im 1. Berliner Reichstagswahlkreise mit einer eigenen Kandidatur aufzutreten. — Wir dächten, schreibt dazu die „Volksztg.“, die Erfahrungen, welche in demselben Wahlkreise früher einmal mit der Kandidatur des Herrn v. Egidy gemacht worden sind, sollten die Naumannier davon abhalten, an das ausfichtlose Experiment auch nur einen Groschen zu verschwenden. Haben sie aber so viel Geld, daß sie nicht wissen, wohin damit, so mögen sie es den gemäßigteren Gesinnlichen ihrer Richtung geben, die in Folge ihrer Maßregelung in Noth und Sorge leben! 1893 erhielt Egidy in jenem Wahlkreise 1770, unser Kandidat 4069 Stimmen.

Wie die Freisinnige Vereinigung für die Marinepläne Stimmung macht, zeigt wieder die neue Nummer des „Reichblatt“, in der es heißt, daß, wenn wiederum 50 Millionen Mark für Schiffsbauarbeiten geordert und, was noch gar nicht sicher sei, bewilligt werden, das Geld dafür vorhanden sei. — Das Geld ist allerdings zu beschaffen, aber nur im Wege der Anleihe. Wenn 50 Millionen Mark für Schiffsbauarbeiten bewilligt werden, kommt es aber nicht bloß auf die ersten Raten, die darin stecken, sondern diese ersten Raten ziehen auch weitere und größere Folgekosten nach sich und nachher Erhöhungen des Ordinariums — des Marine-Etats. Wir haben schon unlängst dargelegt, daß, wenn für Schiffsbauarbeiten 50 Millionen Mark gefordert werden, alsdann darin mindestens 17 Millionen Mark für neue erste Raten stecken würden. — Lübeck ist bekanntlich auch von einem Angehörigen dieser Partei der Mitleidlosigkeit vertreten. Wie lange noch?

Als ausgesprochenen Spinnbug bezeichnet die „Deutsche Dachtler Zeitung“ das Veredeln der Agrariersblätter von der „Hebung des Mittelstandes“. Die grundbesitzliche Agitation suche den Anschein zu erwecken, als handle es sich bei ihrem markt-schreyerischen Vorgehen um mehr als gesprochene und gelebte Worte, soweit es sich nämlich bei dem mühsam widerstrebevollen Treiben um Mithilfe auch der untergehenden Nothlage einzelner Handwerkzweige handelt. Derartige Vorkommnisse ließen den beliebten agrarischen Paradeschwall von dem Eintreten für das Wohl des Mittelstandes, als ganz gewöhnliche Verjuche erscheinen.

Zur Masurenfrage bringt die „Volksztg.“ noch nachstehende interessante Darlegung:

Weitens den größten Einfluß auf den Ausfall der nächsten Wahlen werden die masurischen Landarbeiter ausüben. Die Institute der Großgrundbesitzer vegetiren in so elendem Lohn- und Wohnungsverhältnissen, daß die Neigung, nach dem Westen abzuwandern, mit jedem Jahre zunimmt. Politisch sind diese Leute nicht mehr ganz indifferent. Während der letzten Wahlen haben einige freisinnige, in masurischer Sprache abgefaßte Flugblätter schon gute Erfolge gezeitigt. Auch die Agitation des sozialdemokratischen Arbeiterführers Ehardt-Komorowen hat die Hinterlassenen seiner konservativen Berufsgenossen stark aufgerüttelt. Von einer Beworundung durch die Arbeitgeber wird bei den nächsten Wahlen recht wenig zu merken sein. Die Leute wissen ganz genau, daß die Drohung, abzuführen, den Eifer des häufigsten Agrariers lähmt.

Keine Kollekte! Die Unterzeichner des „Professoren-Aufrufs“ zu Gunsten der streikenden Hamburger Hafenarbeiter, die Herren Professor Hertner, v. Egidy usw., wurden heute, wie früher vom Schöffengericht, auch von der Strafkammer in Breslau von der Anklage eine unerlaubte Kollekte veranlaßt zu haben, freigesprochen, da in der Veröffentlichung des Aufrufs eine Kollekte nicht erblickt werden könne.

Gegen das Behrsteuerprojekt spricht sich auch die „Alln. Volksztg.“ aus und macht vor allem praktische Bedenken geltend: Wir sind doch jetzt so weit, daß kein Diensttauglicher mehr dem Militärdienst entgeht. Kann man nun auf die übrig bleibenden eine Steuer legen, von der sich sagen läßt, sie sei gerecht? Wer wegen schwerer körperlicher Gebrechen dienstfrei

geworden ist, der ist doch ſelbst genug daran, als daß man ihn für seinen Vorzug vor dem Tauglichen auch noch gleichsam besteuern sollte. Er kann für sein Unglück nicht und würde, wenn es von ihm abhängt, oft gern mit dem Dienstpflichtigen tauschen. Sehr häufig wird die Last gar nicht den Dienstfreien treffen, sondern die Unglückseligen werden sie tragen müssen, weil er nichts hat; dabei sind vielleicht diese Angehörigen in ihrem Erwerb schon dadurch geschädigt, daß ein anderer aus ihrer Mitte seinen Militärdienst leisten muß. Mögen auch die Reichen eine höhere Steuer zu zahlen haben, als die Armen, die Last ist doch ungleich vertheilt, insbesondere wo sie auf die Eltern abgewälzt wird. Und wenn einer sich freiwillig zum Militär meldet, wegen Schwachlichkeit aber abgewiesen wird, kann man ihn dann mit einer Steuer belasten? Man bedenke ferner, daß gerade die Angehörigen Heerespflichtiger aus den ärmeren und mittleren Klassen sich schon eine Steuer freiwillig auferlegen, indem sie ihre Söhne u. s. w. in der Kaiser-Armee unterstellen. Soll man ihnen noch neue Lasten aufbürden, weil andere nicht zu dienen brauchen? Schließlich ist auch der Militärdienst nicht lediglich eine Last, sondern außer der Ehre sind auch materielle Vortheile damit verbunden, z. B. Civilversorgung. Da die Zahl der Nichtdienenden sich bald auf Krüppel und Kranke beschränkt, der reichen Leute, die eine hohe Behrsteuer tragen könnten, nur wenige sind, so dürfte der Steuer-Ertrag gar nicht im rechtem Verhältnisse zu dem ganzen Apparate, den man ihrewegen in Thätigkeit setzen müßte, sowie zu der Ungerechtigkeit und der Unzufriedenheit stehen, die mit ihr verknüpft wären. Die nothwendige Unterstützung der Invaliden läßt sich ohne neue Steuern durchführen.

Zur Verkürzung der zweijährigen Dienstzeit. Wie die „Frauenstein-Küsterberger Zeitung“ meldet, lehnen die vom Infanterie-Regiment Nr. 38 zur Aushilfe in die Frauensteinen Fackelfabrik geschickten Arbeiter diese Woche wieder in ihrer Garnison zurück, „nachdem es der Direktion gelungen ist, von auswärtigen Arbeitskräfte zu erhalten.“ — Warum, fragt mit Recht die „Volks-Zeitung“, hat die Direktion sich nicht früher die nöthigen Arbeiter verschafft? Wenn übrigens Soldaten an Stelle von Fabrikarbeitern Verwendung finden können — wie als selbstverständlich vorausgesetzt werden muß, ohne Schädigung des öffentlichen Interesses — so ist daraus immer wieder der Schluß zu ziehen, daß die Dienstzeit sehr wohl noch eine weitere Verkürzung vermag. Im Uebrigen aber ist es dringend nöthig, daß im Reichstage einmal gründlich die Frage erörtert wird, inwieweit industrielle Unternehmungen durch Militär-Förderung erfahren sollen.

Gegen die Jahrepreisermäßigung der Arbeiter aus dem Osten schreibt sich jetzt auch die „Deutsche Tageszeitung“ der Agitation der ostpreussischen Landwirtschaftskammer an. In geschickter Weise bemüht sich das Wanderversuchsblatt glauben zu machen, daß die billigen Tarife bei der gemeinschaftlichen Reise von 30 Personen meist nicht den einzelnen Arbeitern zu gute kommen, sondern den Vermittlern. Dazu bemerkt die „Freie Btg.“:

„Dann hätten ja die Agriarten auch gar keine Ursache, darüber zu klagen, daß diese Preisermäßigung den Arbeitern das Wegziehen von ihrem Gütern erleichtert. Noch gesuchter ist der Einwand, daß oft einzelne Arbeiter gerade zur sogenannten Sachengängerei verführt würden, weil gerade an dem Transport noch mehrere Mann festlie, ohne daß die Leute an dem Bestimmungsort selbst bauende und lohnende Arbeit finden; in die Heimath zurückzuleiden können der Einzelne aber nur zu dem kostspieligen höheren Tarif. Was aber soll den Einzelnen veranlassen, sich dem Transport anzuschließen, wenn der Vermittler dabei allein den Gewinn hat? Auch ist es eine willkürliche Entstellung, als ob ein Vermittler im Stande wäre, plötzlich einzelne Leute von der Arbeit weg zur Sachengängerei aufzurufen, um die Zahl 30 anzufüllen. Ebenso unrichtig ist die Darlegung über die Rückkehr der Arbeiter. Wenn dieselben in der Fremde aus ihrem Verdienste übergehört haben, sind sie im Stande, auch zu dem höheren Tarif in die Heimath zurückzuleiden. Nur der traffe Eigennutz der Agriarten empört sich hier dagegen, daß den Arbeitern hier dieselbe Ermäßigung zugestanden wird, welche alle andern Klassen seitens der Eisenbahn gewährt wird.“

Eine gemeingefährliche Gründung. Ueber die Versicherungsgesellschaft „Industria“, die, wie wir mitgetheilt haben, den Arbeitgeber gegen Verluste durch Arbeits-Einstellungen schadloß halten soll, dringt nach und nach Weiteres in die Öffentlichkeit. „National-Zeitung“ und „Magdeb. Btg.“ berichten übereinstimmend, daß auf Vorschlag der preussischen Regierung solche Ausstände nicht unter die Versicherungspflicht fallen sollen, die der Arbeitgeber unberechtigter Weise provoziert hat. Danach gewinnt es den Anschein, als ob Vertreter der Regierung bei der Berathung der Statuten für die neue Gesellschaft mitgewirkt hätten.

Es ist ja bekanntlich in letzter Zeit Miß geworden, daß Regierungsdirektoren mit Vertretern der Unternehmer-Koalitionen Berathungen treffen zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung. Zu einer Preisfrage dürfte man die Frage machen können: nach welchen Grundsätzen und Erwägungen festgestellt werden soll, ob Unternehmer Streiks „unberechtigter Weise provoziert“ haben? Nach Ansicht der „maßgebenden Elemente“ sind die Unternehmer den Arbeitern gegenüber immer im Recht, und das Unrecht ist stets auf Seite der Arbeiter.

Nach der „Nat.-Btg.“ soll durch die Gründung ein hochbedeutender Schritt zur Schaffung einer Gesamts-Organisation der Arbeitgeber „im Sinne der jüngsten kaiserlichen Aeußerungen“ von einer Reihe namhafter Industrieller gethan worden sein. Das Blatt spricht auch von langandauernden Vorbereitungen. Man wolle nicht bloß die Arbeitgeber gegen Verluste

durch Arbeitseinstellungen schädlos halten, sondern auch die arbeitswilligen Arbeiter gegen den terrorisierenden Einfluß der anständigen Genossen schützen.

Dies ist nur ein leerer Vorwand. Die Interessen der Arbeiter sind den Unternehmern bei der ganzen Gründung höchst günstig; lediglich um die kapitalistischen Ausbeutungsgenossen zu verunsichern, haben wir vollauf Ursache, das Beginnen als ein gemeingefährliches zu bezeichnen, denn dasselbe wird die wirtschaftlichen und sozialen Kämpfe ungemein verschärfen. Darüber kann kein Zweifel sein, der Kapitalismus und seine Bundesgenossen sind bemüht, das Koalitionsrecht der Arbeiter gänzlich zu vernichten, die Arbeiter völlig unter die Arbeitsherren-Willkür zu bringen. Aber sie dürfen sich darauf verlassen, daß die Arbeiter ihr Recht und ihre Freiheit zu verteidigen wissen werden.

Die internationale Solidarität des Ausbeuterthums kam auf der Hauptversammlung des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten laut zum Ausdruck. Der Ingenieur Schröder hielt einen Vortrag, in welchem er auf den flotten Geschäftsgang hinwies, über die Stellung des Vereins zu den Forderungen sprach, und dann unter dem Vorbehalt der Berichtigung über den Streik der englischen Maschinenbauer wie folgt äußerte:

Nachdem der englische Arbeitgeberstand zuerst an Festigkeit zu wünschen übrig ließ, hat er sich in letzter Zeit wesentlich gestärkt und ist entschlossen gewillt, den Kampf bis auf's Aeußerste durchzuführen. Der springende Punkt liegt nicht mehr in der Frage, ob die Forderung der Arbeiter eine erfüllbare ist oder nicht, sondern ob man sich die Tyrannei der Gewerksvereine noch ferner gefallen lassen soll. Wie weit diese Tyrannei geht, zeigen die folgenden sechs Forderungen der Trade Unions. Diese haben 1) die Unternehmer zwingen wollen, erstklassige Maschinenarbeiter an Maschinen zu beschäftigen, welche von stützten Leuten oder gewöhnlichen Arbeitern bedient werden können, wie es auch in anderen Ländern geschieht. 2) Die Trade Unions verlangen weiter, daß jede derartige Maschine von nur einem Maschinenarbeiter bedient werden solle, anstatt daß ein Arbeiter zwei oder drei solcher Maschinen bedient. 3) Sie verlangen, daß eine gleichmäßige Lohnzahlung für gute, mittelmäßige und schlechte Arbeiter in jedem einzelnen Industrieszweig stattfindet. 4) sollen gewisse Arbeiter, welche nicht den Trade Unions angehören, entlassen werden. 5) sollen gewisse Werkmeister, welche nicht unter der Kontrolle der Trade Unions stehen, entlassen werden. 6) verlangen sie, daß gewisse Maschinen nicht bis zur vollen Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen werden, damit die Zahl der Arbeiter vergrößert werden kann. Es ist klar, daß die Trade Unions die Unternehmer zwingen, den Arbeitern neun Stunden Lohn für nur achtstündige Arbeitszeit zu bezahlen und die Maschinen eine Stunde täglich länger laufen zu lassen. Man kann es den englischen Arbeitgebern nicht verdenken, wenn sie solchen Forderungen gegenüber den Kampf bis auf's Aeußerste durchzuführen entschlossen sind.

Die Behauptungen über die Forderungen der Arbeiter lassen an Dreistigkeit nichts zu wünschen. Die Maschinenbauer wollen unter den bisherigen Bedingungen fortarbeiten, nur soll der in vielen Werksstätten eingeführte Achtstundentag allgemein durchgesetzt werden. Dies war bei Ausbruch des Streiks die einzige Forderung der Arbeiter. Aufgehört durch prozenhafte Unternehmern mit Reservistenmanieren wurde ein Kampf um die Existenz der Arbeiterorganisation daraus, daß nach Herr Schröder auch mit dankenswerther Offenheit zu. Denn „Tyrannei der Gewerksvereine“ ist der Sachverhalt der Unternehmer für alle Handlungen der Arbeiter, bei welchen sie sich nicht als willkürliche Arbeitsmajestät dem Unternehmertum unterwerfen.

Schweiz.

Der Bundesrath hat, wie der „Frankf. B.“ gemeldet wird, gegen den brasilianischen Generalkonsul Dr. Petro Sorde in Genf eine Untersuchung angeordnet, da derselbe in gesetzlicher Weise die Auswanderung von Schweizern nach São Paulo (Brasilien) betrieb; die Auswanderer gerathen jetzt in das bitterste Elend.

Vom Standpunkte des Völkerrechts in der Fall hochinteressant, daß ein diplomatischer Vertreter für eine im Interesse seines Landes ausgeführte Handlung von dem Staate, bei dem er beglaubigt ist, gerichtlich belangt wird.

Ein sozialdemokratischer Minister. Nach Zürich wird nun der Kanton Genf der zweite Schweizerkanton und Staat sein, der einen sozialistischen Minister erhält. Als Konzeption für die von unseren Genossen bei den National- und Ständeraths-Wahlen im vorigen Herbst den Radikalen geleistete Unterstützung überlassen lehtere bei den am nächsten Sonntag stattfindenden Regierungsraths-Wahlen den Sozialdemokraten einen Sitz. Es ist nun Genosse Thiebaut, Großrath (Landtags-Abgeordneter und Redakteur von „Le Peuple de Geneve“) als sozialistischer Kandidat aufgestellt worden. Ein Sitz wird den Konservativen überlassen, so daß die Radikalen sieben Mandate für sich behalten.

Italien.

Auffehen im Bürgerthum erregt die veranstaltete Geldsammlung der Sozialisten für die kämpfenden englischen Maschinenbauer und großen Eindruck machen die von mehreren Tausend Feldarbeiterinnen von Molinella, wo vor Kurzem der Lohnkampf wüthete, in 1 und 2 Centimestücken gesammelten 50 Lire.

Preßnebelung und Panamistenwirthschaft. Der Staatsanwalt ließ auch heute wieder den „Avanti“ beschlagnahmen und zwar wegen des Abdrucks der behördlichen Begründung der Beschlagnahme des vorhergehenden Tages; die Veröffentlichung seines eigenen Schriftstücks hielt er für gefährlich! Aber der „Avanti“ läßt sich nicht

einschüchtern, geht immer muthig vorwärts. Er kündigt einen Feldzug gegen Eisenbahnbau-Unternehmer an, der Aufsehen erregen wird. Es sind die Beweismittel vorhanden, daß beim Bau der Strecke Rom - Solimone der Staat ungeheurer betrogen wurde, daß die Veranschlagung der ausgeführten Arbeiten den Unternehmern selbst übertragen und von ihnen vorgenommen worden ist.

Frankreich.

Der fünfte Jahreskongress des Verbandes der sozialistischen Gemeinderäthe Frankreichs. Vom 31. Oktober bis 2. November tagte der fünfte Jahreskongress der sozialistischen Gemeinderäthe Frankreichs in Dijon, einer Stadt, die in den Wahlen von 1896 von den Sozialisten neu gewonnen wurde.

Es wurde beschlossen, die Gemeindefragen an Arbeitergenossenschaften zu vergeben, sowie der Achtstundentag mit einem Lohnmimimum für alle Gemeindefragen. Die Fragen, welche in den Wahlprogrammen nicht vorhergesehen waren, und alle finanziellen Fragen sollen der Entscheidung der Gemeindeführer unterworfen werden (kommunales Referendum). In Bezug auf die Gemeindefragen beschloß man Ersetzung der Naturalleistungen durch Zuschlags-Centimes und der Verzehrungssteuern durch ebensolche Centimes und durch Luxussteuern — ein Abhilfsmittel angesichts der gesetzlich verbotenen progressiven Einkommensteuer.

Weiter wurde die Schaffung von sozialistischen Gewerbeverbänden in jedem Departement beschlossen. Um den Widerstand der Regierung gegen die sozialistischen Gemeindeforderungen zu überwinden, soll kommenden Herbst eine einheitliche Protestbewegung sämtlicher sozialistischen Gemeinderäthe organisiert werden. Schließlich votierte man die Herausgabe eines Jahrbuches des sozialistischen Gewerbeverbandes.

Schwerer-Mord. — Eine authentische, d. h. keine Agenturnachricht über die Absichten Schwerer-Morder zu Gunsten des Dreyfus giebt Clemenceau, ein alter Freund des Senators. Schwerer-Morder hat ein ganzes Jahr darauf verwendet, um über die Angelegenheit mit seinem Gewissen im's Reine zu kommen, nachdem er zufällig auf die Spuren des Verbrechens des geheimen Militärgerichts gestoßen war. Heute ist er fest davon überzeugt, daß Dreyfus seinen Hochverrath begangen hat. Die nöthigen Beweise wird er in nächster Zeit der Öffentlichkeit vorlegen nach Erfüllung der formalen gesetzlichen Erfordernisse in Bezug auf den Nachweis eines gerichtlichen Verbrechens durch eine unbetheiligte Person.

Was den Erklärungen Schwerer-Morder's ein besonderes Gewicht verleiht, ist dessen allgemein geachteter Charakter. Seine politische Laufbahn, seine Herkunft (ein Offizier, der seiner Zeit in der Nationalversammlung gegen die Abtreibung Elsaß-Lothringens protestirt hatte), seine materielle Situation schließen in gleicher Weise jeden Zweifel über die Richtigkeit seiner Absichten aus. Außerdem hat er, im Unterschiede von den früheren Dreyfus-Mördern, kein näziges Mitglied der Dreyfus-Familie je gekannt.

Illustrirte Romanbibliothek.

In freien Stunden, Illustrierte Romanbibliothek für das arbeitende Volk (Berlin, Verlag der Buchhandlung „Vorwärts“) Preis pro Band 10 Pfennig enthält in Nr. 40 und 41 den laufenden großen Roman: Der Kampf um die Scholle von Elise Drzesko (Fortsetzung). — Ferner: Eine Seebahnkutschel. — Der gekränkte Waldbl oder: Eine That der Verachtung. — Dies und Jenes (Genietontenistische und kulturhistorische Skizzen). — Wie und Scherz.

Fouragepreise. Auf Grund der Bestimmung unter I. zu § 6 Ziffer 3 der Instruktion vom 30. August 1887 zur Ausführung des Gesetzes über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die für die Vergütung im hiesigen Freistaate verabreichte Fourage maßgebenden Durchschnitts der höchsten Tagespreise mit einem Aufschlag von fünf vom Hundert im verfloffenen Monat betragen haben für 1 dz: Hafer 15,23 Mk., Heu 7,61 Mk., Nichtstroh 7,61 Mk., Krummstroh 6,56 Mk.

In das Handelsregister ist eingetragen am 6. Nov. 1897: auf Blatt 1029 bei der Firma „A. F. Römsling“: Die Procura des Karl August Kleming ist erloschen.

Anzeigepflichtige Krankheiten. Im November erkrankten in Lübeck an Diphtherie 8, Masern 2, Scharlach 7, Typhus 5 und Wochenbettfieber 1 Person, es starben an Wochenbettfieber 2 Personen (davon 1 im September erkrankt).

Saltanberger. Zu der unter dieser Stichmarke gebrachten Notiz bemerken wir auf Wunsch, daß, wie ja selbstverständlich, nicht alle Kinder ihre Plumen zu Gärtnern in Pflege gegeben haben, sondern daß natürlich eine ganze Anzahl auch redlich und mit eigenen Kräften sich um das Gedeihen der Pflanzen bemüht hat.

Ertrappter Automatenbich. Wir berichteten kürzlich, daß ein Arbeiter dabei ertrappt sei, wie er einen Automaten durch Bleistücke zur Herausgabe von Waaren nöthigte. Dem ist, wie uns von theilnehmiger Seite mitgetheilt wird, nicht so. Der Betreffende will nur auf unbegründete Vermuthung eines jungen Mannes hin skittirt worden sein. Die Untersuchung wird jedenfalls ergeben, was an der Sache wahr ist.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern Mittag in der Breitestraße bei der Beckengrube. Die Pferde eines dem Gastwirth Hier zu Israelndorf gehörigen, mit einer Kommode beladenen Wagens, waren schon geworden und durchgegangen. Eine ältere Frau gerieth unter das

Fuhrwerk und trug sehr schwere Verletzungen davon. Ueber ihren Zustand ist uns Näheres bisher nicht bekannt. Außerdem wurden durch die erregten Thiere noch Laternenpfeile demoliert. Wir werden über den Vorfall noch genauere Mittheilungen bringen.

Rebellerisiko. Ein verheirateter Telephonarbeiter stürzte Sonnabendnachmittag in der Hoeckstraße so unglücklich vom Baume, daß er beide Beine brach und in das Krankenhaus geschafft werden mußte. Nach dem „S.-N.“ heißt der Verunglückte Stolte.

Wegen Sittenbergehens wurde am Sonnabend von der Strafkammer der Arbeiter S. zu anderthalb Jahren Gefängniß verurtheilt.

Vom Tage. Untersuchung ist eingeleitet gegen einen der Unterschlagung von 25,45 Mk. beschuldigten Kellner. — Gestohlen wurde einem Zuseher am Telegraphenschalter ein Portemonnaie mit 40 Mk., einem Kaufmann, Königsstraße wohnhaft, ein Damastbettbezug. — In Haft gerieth ein von der Staatsanwaltschaft Kiel wegen Diebstahls, Körperverletzung und Führung falschen Namens steckbrieflich verfolgter Arbeiter in Teutendorf. — Ein Einbruchversuch wurde Donnerstag Nacht in einem Hause der Hülshor-Allee gemacht.

Heilshoop (9. Wahlkreis). Eine öffentliche Wählerversammlung, einberufen von der freisinnigen Vereinigung, tagte hier selbst Sonntag Nachmittags im Lokale des Herrn Cadow. Herr Senator Harbeck-Bloen eröffnete dieselbe mit einer kurzen Ansprache, in welcher er in beweglichen Worten den freisinnigen Bruderwitz klarlegte und die Kandidatur Hoeck als allein freisinnig seligmachende erklärte. Sodann hielt Herr Pastor a. D. Hoeck seine Kandidatenrede, die nach einer unständlichen persönlichen Vorstellung hauptsächlich auf die Bekämpfung des Bundes der Landwirthe hinarief, dessen abenteuerlichen Projekte, Annahmung und politischen Mißerfolge der Redner in durchaus treffender, fälschlicher Weise klarlegte. Er kam zu der Ansicht, daß von einer nothleidenden Landwirtschaft, wenigstens in Ostelbien, garnicht die Rede sein könne. Zur Flottenvermehrungsfrage könne er keine feste Stellung einnehmen. Er wisse selbst noch nicht, ob er mit Ja oder Nein stimmen werde. Er werde nach bestem Gewissen das Rechte zu treffen suchen. Zur sozialen Frage äußerte er sich kurz dahin, daß der Sozialdemokratie, die sich zur radikal reformerischen Arbeiterpartei maniere, ein beachteter Kern nicht abzustreifen sei, daß aber gegen ihre Auffassung der Ehe, gegen den kommunistischen Zunftsnat und die Aufhebung der persönlichen Freiheit jeder vernünftige Mensch Front machen müsse.

In der Diskussion nahm zunächst Genosse Rask-Lübeck das Wort, nachdem ihm nach einigem Hin und Her gesichert war, daß er nicht nur Fragen an den Kandidaten stellen, sondern auch „Frischmüt richtig stellen“ dürfe. Er sprach sich über die Behauptung des Herrn Hoeck aus, daß ein Nothstand in der Landwirtschaft nicht existire, und meinte, daß die Erfahrungen, die Herr Hoeck diesbezüglich während seines dreiwöchentlichen Kandidatenlebens gesammelt, wohl nicht ausreichen für ein derartiges Urtheil. Der Nothstand sei unenkeltbar vorhanden Er möge sich nur aus der Geschichte des Dorfes, in dem er weile, darüber aufklären. Aber woher rühre der Nothstand? Im Wesentlichen aus der ungeheuerlichen Steuerlast, welche durch den Militarismus dem Volke, also auch der Landwirtschaft, aufgebürdet würden und die muthbeherlichsten Lebensmittel vertheueren. Und daß gegen eine Steigerung dieser Lasten Herr Hoeck eintreten würde, dafür bürgten weder seine eigenen Erklärungen, noch die in dieser Hinsicht wenig ehrenvolle Vergangenheit seiner Partei, welche jetzt vor ganz Deutschland obendrein noch die Komödie von Rake und Hund auführe und durch ihre Ferrißtheit die Sache der Zucker fördere. Nach den Erklärungen, die Hoeck zur Marinefrage abgegeben, heiße ihn wählen, die Rake im Sack kaufen. Wer es wirklich ehrlich meine mit dem Volke, mit sich und seiner Familie, der könne einem so unsicheren Kandidaten keine Stimme nicht geben. Was er bezüglich der Sozialdemokratie vorgebracht, beruhe auf mangelhafter Information. Das seien Dinge, die tausendmal widerlegt, tausendmal als Mängel des Gegenwartsstaates nachgewiesen seien, trotzdem aber von Unwissend wiedergelautet und der Sozialdemokratie zugeschrieben würden. Wer für das Volk und seine Freiheiten eintreten wolle, der möge am 23. November einen Zettel mit dem Namen Paul Weinheber in die Urne stecken. — Die Rede schloß besonders Herr Harbeck nervös gemacht zu haben, der sich erregten Tones gegen einige Äußerungen des „aus Lübeck hereingeschnitten“ Redners verwahrte.

Durch kurzen Zuruf wurde ihm bedeutet, daß er aus Bloen doch auch nur „hereingeschnitten“ sei. Herr Hoeck berief sich bezüglich der nicht vorhandenen Noth der Landwirtschaft auf das Zeugniß von Agrariern in Lehmann und Lützenburg. Seine Stellung zur Flottenfrage sei eine ehrliche. Als Ja oder Nein-Automat wolle er nicht in den Reichstag. Die Sozialdemokraten wollten die heutige Ehe auflösen, das stehe in Bebel's Frau. Der Vordredner habe seine Stellung zur Sozialdemokratie betrieft. Er erkenne eine gewisse Berechtigung ja an, aber gegen die kommunistische Gleichmacherei und Verstaatlichung von Grund und Boden sei er unbedingt. Ein weiterer warf der Sozialdemokratie vor, sie verberge vor der Landbevölkerung ihre wahren Ziele. Man möge sich nicht von der Sozialdemokratie verführen lassen, welche sich anscheinend dieblich freue über den Zwiespalt des Freisinn's. Genosse Rask erwiderte Hoeck: Unwissenheit kritische man nicht, sondern die konstatire man einfach; und Herr Hoeck habe bezüglich der Sozialdemokratie

kratie eine staunenswerthe Unwissenheit gezeigt. Bezüglich des moralischen Wertes von Bebel's "Frau", verweise er Herrn Hoeck auf das Zeugniß ehemaliger Amtskollegen, die das Buch jedenfalls gelesen hätten und zu anderen Resultaten kämen, als der Pastor a. D., welcher es offenbar nur dem Namen nach kenne. "Nicht die Ehe wollen wir abschaffen, wohl aber das moderne Institut des Handgeschäftes, welches fälschlich diesen Namen trägt, den Geld- und Fleischmarkt. Unser Ziel ist eine harmonische Verbindung zu einander passender Menschen. Unsere Ziele zu verschleiern haben wir keine Ursache, im Gegentheil! Aber weil man uns auf dem Lande nicht zu Worte kommen läßt, uns keinen Säle giebt, deshalb können so abgestandene Ammenmärchen, so alberne Lügen über uns in die Welt gesetzt werden. Wir sind jederzeit für öffentliche, gründliche Diskussion. Andere Parteien fürchten sie. Wer Recht und Wahrheit achtet, der wähle am 23. November Paul Weinheber!"

Auf diese letzten, ziemlich energisch gehaltenen Aeußerungen hatte Herr Hoeck nur zu erwidern, daß der Redner anscheinend einer von den vernünftigen, in der Mauerung von Revolutionär nach Radikal befindlichen Sozialdemokraten sei.

Herr Habel schloß die ruhig verlaufene Versammlung, nachdem er noch die Königstreue der Freisinnigen gerühmt, mit einem üblichen Hoch.

Die Freisinnigen haben von der Versammlung nichts zu erhoffen, wie überhaupt von der ganzen Wahl; dafür bürgt ihre innere Uneinigkeit.

Für unsere Sache dagegen ist der Tag sehr erfreulich verlaufen. War es doch das erste Mal, daß in dem Dorfe ein Redner unserer Partei sprechen durfte. Die gespannte Aufmerksamkeit und das rege Interesse, welches man den Ausführungen unseres Genossen entgegenbrachte, waren ein Beweis, daß seine Worte vielfach Anklang fanden.

Es ist der Versuch gemacht, das betreffende Lokal auch für uns zu gewinnen. Ob daraus freilich etwas wird, steht dahin. Man weiß ja!

Hamburg. Ein verfrühter Aprilscherz. Der antisemitische Reichstagsabgeordnete und Rechtsanwalt Dr. Vielhaben macht den Versuch, die Rechtsgültig-

keit der Verordnung des Senats, welche besagt: „Zum Austragen von Zeitungen, Brod und Milch dürfen Kinder unter 12 Jahren nicht vor 8 Uhr Morgens und nicht nach 8 Uhr Abends und schulpflichtige Kinder, die das 12. Lebensjahr vollendet haben, nicht vor 7 Uhr Morgens und nicht nach 9 Uhr Abends verwandt werden“, anzufechten. In Artikeln im „Hamb. Correspondenz“ und in den „Hamb. Nachr.“ versucht er nachzuweisen, daß die Bestimmungen der Gewerbeordnung, § 120 c, auf die kleinen Schulkinder, welche Zeitungen, Brod und Milch austragen, keine Anwendung finden können, weil — man lache nicht — weil diese Schulkinder unter 12 Jahren als — Handlungsgehilfen zu betrachten seien! Herr Dr. Vielhaben hätte sich sein juristisches Seitlängerknüttelchen bis zum nächsten Geburtstag Bismarck's aufpassen sollen; es hätte da einen leidlichen Aprilscherz abgegeben. Hoffentlich wird sich der antisemitische Handlungsgehilfenverein nach der epochemachenden Entdeckung des Herrn Vielhaben berufen, die kleinen Brod-, Milch- und Zeitungsträger als liebwerthe „Kollegen“ in seine Arme zu schließen, um sie vor der barbarischen Justizerei des Herrn Vielhaben zu schützen. — Es ist ja zwar der Verus der juristischen Rabulisten, die gesunde Vernunft auf den Kopf zu stellen; daß aber Herr Vielhaben für seine Rabulistik kein besseres Objekt finden konnte, als die schutzbedürftigen Kinder, denen er den ihnen gewordenen Schutz „juristisch“ freitig machen möchte, ist bezeichnend für das soziale Empfinden der mit ihrer Arbeiter- und Volksfeindlichkeit prachenden Antisemititen.

Recl. Ein literarischer „Geschäftsmann“. Die „Schlesw.-Holst. Volks-Ztg.“ weist in mehreren Artikeln schlagend nach, daß die bekannte Broschüre des Werftarbeiters Th. Lorenzen seligen Angebens „Die Sozialdemokratie in Theorie und Praxis“ nichts weiter darstellt als einen plumpen Auszug aus dem vor Jahren herausgegebenen gleichwertigen Buche des Landesversicherungsrats Hanssen, (jüngere nationalliberalen Kandidaten für den 7. Wahlkreis) betitelt „Das Buch des deutschen Arbeiters“, welches unter dem Pseudonym „Hans Kelsen“, erschien. — Danach scheint Herr Lorenzen geschriebener zu sein, als wir ursprünglich glaubten.

Hamburg. Am 15. Ziehungstage der 7. Klasse der 512. Hamburger Stadt-Lotterie wurden folgende Nummern mit nachfolgenden Hauptgewinnen gezogen:

Nr. 44374 mit 75000 Mk.	Nr. 68888 mit 20000 Mk.
Nr. 6089 mit 32735 57385 72684 97709 mit je 5000 Mk.	Nr. 13090 47808 47705 49604 88956 102118 107062 117259 mit je 3000 Mk.
Nr. 17791 54678 65751 88715 89777 89599 96446 98109 106768 113609 mit je 2000 Mk.	Nr. 388 1112 1119 7759 9564 13665 17474 21802 24131 26749 28738 29478 32777 38272 39945 46563 47258 49948 53861 54604 54938 57790 58198 58282 58401 58480 66874 74788 76128 79444 79671 85581 84131 85229 85314 86649 87181 87807 87861 89345 89619 91646 91981 103477 106964 109235 110942 111296 112510 116990 116998 117604 mit je 1600 Mk.
Nr. 1606 2334 6177 6247 6905 6622 8213 11829 12391 15515 17415 17923 21452 22277 23941 24627 26885 27127 27072 28368 29645 30338 31028 31921 31743 37343 38309 40116 40823 42525 43765 47564 47872 50321 52023 52921 54031 57649 57268 57487 60309 60808 62618 63482 63501 67021 67805 68036 68973 70829 71309 71789 75145 77208 79934 80997 82168 84814 85241 86834 86480 86558 86801 89287 92843 93877 94755 97900 98088 98187 99450 100728 100997 101824 103889 103762 104130 108260 106477 106849 109080 111737 112077 112348 118976 mit je 400 Mk.	(Ohne Gewähr.)

Stadttheater. Am Dienstag geht die mit großer Spannung erwartete Uraufführung von „Heliogabal“, Wagner's erstem Opern der gewaltigen Trilogie „Der Ring des Nibelungen“ zum ersten Male in Uebd in Szene. Am Mittwoch wird zur Feier von Schiller's Geburtstag dessen „Maria Stuart“ gegeben. Der Vorstellung wird ein Prolog von Goethe vorangehen, welcher von Herrn Marlow gesprochen wird. „Maria Stuart“ wird als vollständige Vorstellung bei halben Preisen aufgeführt.

Quittung. Für die Familien der Verurtheilten sind eingegangen: Von einem Mecklenburger 2 Mk. Weitere Gelber nimmt gern entgegen. Die Expedition des Volksboten, Johannisstraße 50.

Stereschanz-Biehmarkt. Hamburg, 6. November. Der Schweinehandel verlief gut. Parbren warden 420 Stück, außer: Beschlachtete Schweine 60 61 Mk., kleine 58 60 Mk., Lamm 50-56 Mk., und Ferkel 56 58 Mk. pr. 100 Stk.

für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inserieren, zu berücksichtigen und bei event. Einkaufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Durch die glückliche Geburt einer Tochter wurden hocherfreut
Aug. Kleck u. Frau geb. Stender.

Todes-Anzeige.
Sonntag Morgen 4 Uhr entschlief nach langen und schweren Leiden unser geliebter Schwager und unserer Mutter liebevoller Schwiegersohn
Heinrich Wulff.
Lief betrauert von
J. Bäumlcr u. Mutter, J. Bruhn u. Frau.

Heute Nacht 4 Uhr entschlief nach langen geduldig ertragenen schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Sohn, Bruder und Schwager
Heinrich Wulff
im eben vollendeten 29. Lebensjahre. Auf's tiefste betrauert und schmerzlich vermiss't von uns Allen.
Marie Wulff geb. Bäumlcr.
Ludw. Rabe u. Frau geb. Wulff.
Lübeck, den 7. November 1897.
Das Begräbniß findet am Mittwoch Morgen 10 1/4 Uhr von der Leichenhalle des Allgemeinen Gottesackers aus statt.

Verspätet.
G. Roocks zu seiner am Sonnabend stattgefundenen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.
Gesangverein Einigkeit.
Ein Logis nach vorn. Würdstraße 9, 2. Etg.
Zu vermieten ein Logis
Ernestinenstraße 15.
Junger Mann sucht sofort in der Nähe der Hügelstraße oder Hügelthor ein heiß Logis (2,50 Mk. mit Kasse) am liebsten zum Alleinwohnen. Off. u. **HSS** an die Exp.
Gesucht 300 Mk. zu 4 1/2 Prozent, sicheres Pfandgeld, zum 1. Januar in ein vorst. Grundstück. Schriftl. Angebote unter **G. 93** an die Exp. d. Bl.
Billig zu verkaufen eine polierte vierstübl. gebrauchte Kommode. Neuhorstraße 53.
Verloren am Sonntag Morgen ein brauner Gürtel von Friedenstraße bis Lindenplatz. Abzugeben Friedenstraße 34, 2. Etg.
Eine Schneiderin empfiehlt sich in und außer dem Hause.
Rosentstraße 1.

Frau Lehnert, Hebamme.
Pegelastrasse 7.
Frau Groth, Heilmittler.
Herzliche Glückwünsche zum 23. Weigensfeste.
Uhren reinigen 1,50,
Federn einseken 1,50,
Sehr Garantie.
Uhrgläser 1. Dual. 0,30.
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Hügelstraße 32.



Lager aller Arten Uhren
zu bekannt billigen Preisen
Reparaturen
unter 14 Jähr. Garantie gut und billig.
Jedern 1,50 Mk.



Eine Partie goldene und silberne Herren- und Damen-Remontoiruhren bedeutend billiger als sonst.
Johannes Probst,
Hinter der Burg 5-7.

Wie bewahrt man sich vor Wurmtoukheit? — Jeder Hund hat Würmer! — Beseitigt die Hundewürmer mit dem anerkannt vorzüglich wirkenden **Konetzky's Hundewurmmitel.** Schäftlich in der **Adler-Apothete** und **St. Gertrud-Apothete** (F. W. Busch).
(Rp. Extracta fl. II: emb. rib. 5; granat. 1,5; absinth. 1,7; Al. in. aeth. 38,5; Ol. palm. Chr. 53; Vanillin 0,3, in D. I. 15 g, II. 20, III. 30)

Johs. Biehl
Hüterdamm 10
empfiehlt
vorzügliche 5-, 6- u. 7-Pfg.
Cigarren
und bessere in allen Preislagen in nur guten Qualitäten.

Empfehle:
Frische Brodwurst
Frische Leberwurst
Prima Schweineschmalz
ff. frische Flohmen
und alle anderen Würstsorten in nur bester Waare. Hecke solide Preise.
Herm. Hellmann
Hüterdamm 4.
Schlachtere u. Würstmacherei.

Van den Bergh's Margarine
Marke FF. per Pfd. 60 Pfg., 2 Pfd. 1,15 Mk.
4 Pfd. à Pfd. 55 Pfg.
II. Qualität Pfd. 50 Pfg., 2 Pfd. 95 Pfg.,
4 Pfd. à Pfd. 45 Pfg.
empfiehlt
Lübecker Special-Butter-Margarine-Vertrieb
Breitestraße 33.
Joh. Schnoor.

Schmalz.
Allerfeinstes weiches, Pfd. nur 35 Pfg.
Mühlenbrücke 7. J. Breede.

Polzarbeiter-Verband
Am Dienstag den 9. November
Abends 8 Uhr
Mitglieder-Versammlung
im Vereinshaus, Johannisstraße 50.
Tages-Ordnung:
1. Die Situation nach Beendigung des Streiks.
2. Fragelasten.
3. Berichtslesen.
Das Erscheinen sämmtlicher Kollegen ist dringend nothwendig.

Ausspielen von
lebenden und todtten Gänsen und Rauchfleisch
auf einem Ziehbillard
am Sonntag den 14. November 1897
von Morgens 11 Uhr bis 1 Uhr und von
Nachmittags 4 Uhr bis 10 1/2 Uhr Abends
in der **Friedrich-Franz-Halle**
Hierzu ladet ergebenst ein
L. Lübke.

Ausspielen von
festen Gänsen, Karpfen und Rauchfleisch
auf einem Ziehbillard
am Mittwoch den 10. Novbr.
im Lokale **J. H. Dahmke, Markt 10/11.**
Anfang 10 Uhr Vormittags.
Einsatz 50 Pfg., wofür 3 Stöße.
Hierzu ladet freundlichst ein
J. H. Dahmke.

Einladung zum Ball
der
sämmtl. Eisenbahner
am Mittwoch den 10. Novemb.
im Lokale des Herrn **Lübke, Friedrich-Franz-Halle.**
Anfang 7 Uhr. Ende Morgens.
Eintritt 1 Mk.
Hierzu laden ergebenst ein
Die Schaefer J. R. F. Th.

Achtung!
Die Sammelliste Nr. 9 der englischen Maschinenbauer ist verloren gegangen. Es wird gebeten, dieselbe bei eventueller Vorlegung anzuhalten und im Vereinshaus abzuliefern.
Die Ortsverwaltung
des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.
Gasthof Zum Halbmond.
Ausspielen
von
ff. Gänsen u. Rauchfleisch
am Dienstag den 9. November.
Anfang Morgens 10 Uhr.
Einsatz 50 Pfg. Einsatz 50 Pfg.
Ergebnst **Wihl. Denker, Marktstr. 63.**

Nach Circus Variété
um die brillanten Darstellungen des völlig einzig dastehenden vierten
Elite-Spielplans
zu sehen!! — So lautet allabendlich jetzt die Parole in allen Kreisen des Publikums, und so erklärt es sich, daß das große Etablissement
Circus Variété Reuterkrug
allabendlich bis zum letzten Platz ausverkauft ist.
Man sehe und staune!!

Stadt-Theater.
Dienstag, den 9. Novbr.
Zum ersten Male. Anfang 7 Uhr.
Mit vollständig neuer Ausstattung an Dekorationen, Kostümen etc.
Das Rheingold.
Von
Richard Wagner.
Der hohen Kosten wegen können die „Rheingold“-Auführungen nur ausser Abonnement stattfinden.
Mittwoch: Volksth. Borrk. bei halben Preisen. Parquet Mk. 1,25 etc.
Zur Feier von Schiller's Geburtstag
Maria Stuart.
Vorherr:
Prolog von W. A. v. Gothe

Kinderarbeit.

△ In der Beilage zu Nr. 248 dieses Blattes brachten wir unter der Ueberschrift „Die Erwerbsthätigkeit der Kinder“ einen Artikel, in welchem auf Grund der im Juni 1895 veranstalteten Berufs- und Gewerbebeziehung nachgewiesen wurde, in welcher erschreckendem Maße unter der heutigen privatkapitalistischen Produktionsweise die Kinderarbeit zugenommen habe. Die 214954 erwerbsthätigen Kinder unter 14 Jahren (darunter sogar 32398 unter 12 Jahren) haben große Ueberraschung, wenn nicht Bestürzung in den bürgerlichen Kreisen hervorgerufen. Bei der Unwissenheit, die in diesen Kreisen in Bezug auf die Vorgänge auf dem Arbeitsmarkte vorherrscht, kann es uns eigentlich nicht Wunder nehmen und so lasen wir denn auch mit Behagen einen in der gestrigen Nummer der „Eisenbahn-Zeitung“ veröffentlichten Artikel über die „Kinderarbeit“. Der allem Anschein nach den hiesigen Lehrerkreisen angehörende Artikelschreiber beschäftigt sich ebenfalls mit den statistischen Ergebnissen der Berufs- und Gewerbebeziehung. Mit Zahlen will er aber lieber nicht aufwarten; weshalb auch die bürgerlichen Kreise umständlicher Weise ängstigen? Lieber will er dem Arbeiter — der doch gewiß an den traurigen Thatsachen so unschuldig wie das neugeborene Kind ist — einen Fußtritt versetzen — das ist freisinnige Taktik. Am Schlusse unseres Artikels forderten wir nämlich seltene, gesetzliche Bestimmungen, welche die am wenigsten widerstandsfähigen jugendlichen Elementen vor übermäßiger Anzählung schützen können und sagten wörtlich weiter: „Es ist ja schlimm genug, daß unsere traurigen Erwerbsverhältnisse noch so viele Eltern froh sein lassen, recht früh sich der Last der Behrmäuler zu entledigen und die Kinder zum Erwerb heranzuziehen. Hier muß der Staat eingreifen, um einer der scharfen Anspannung der Kinderarbeit nothwendig folgenden Degeneration vorzubeugen.“ Dieses war dem freisinnigen Artikelschreiber aber zu viel; er, der dem Staat nur die Obliegenheiten eines Nachwächters zubilligen kann, verbrach folgende „geistreiche“, längst abgestandene Phrase: „Der Staat, so wurde erst kürzlich von Sozialdemokraten in Lübeck gesagt, trage die Schuld an dem Elend der Kinder, da er die schlechten Löhne trage (sic!). Wir meinen jedoch, wenn die Hälfte des Wochenlohnes nicht in Schnaps umgeseht würde, so hätte die Mehrzahl der Arbeiter Brod genug, ohne die Sklavendienste der Kinder. Wie wäre es sonst möglich, daß unsere ländlichen Arbeiter ihre oft zahlreiche Familie durchweg (???) ohne Lohnarbeit der Kinder ernähren können?“ — Ganz abgesehen von der groben Beleidigung der Arbeiter, hat der in der Wollle echtgefärbte Manchestermann nicht die blähe Ahnung von den Lohnverhältnissen der heutigen Zeit gegenüber dem stetigen Steigen der Lebensmittel- und Miethpreisen. Ob der Herr „F. V.“ nicht auch gezwungen wäre, seine Kinder, d. h. wenn er solche hat, zum Mitverdienen heranzuziehen, wenn er ganze, sage und

schreibe zwei Mark und dreißig Pfennige Reichsmünze den Tag verdient? Sollte er nicht auch gezwungen sein, Frau und Kinder zum Mitverdienen anzuhalten, wenn er als tüchtiger und intelligenter Arbeiter auf irgend einem Werke Arbeit erhalten, auf dem Arbeitsnachweise aber, wo er sich erst den Arbeitschein erbetteln muß, die Antwort erhält: „Für Sie giebt es hier keine Arbeit!“ bloß weil er sozialdemokratischer Gesinnung verdächtig ist? Der gute Mann möge einmal Umfrage halten, aber nicht bei der Redaktion der „Eisenbahn-Zeitung“ und auch nicht bei den Großunternehmern, sondern bei den Arbeitern selbst. Sie werden gerne bereit sein, ihm am Sonnabend Abend die Lohnzettel zu zeigen. Wir sind überzeugt, daß der Durchschnittslohn der Lübecker Arbeiter 18 Mk. wöchentlich nicht übersteigt. Mit diesem Lohn eine Familie von fünf Köpfen zu ernähren, zu kleiden und zu behausen, daß überlassen wir dem Talent des weisen Herrn F. V. Und nun gar die ländlichen Arbeiter! Weiß denn der Herr gar nicht, wie's in den Arbeiterlathen aussieht? Ist er denn noch niemals in den „lieblichen“ und „idyllisch“ gelegenen Dörfern — wie sich auch manchmal ein Kollege von ihm auszudrücken beliebt — gewesen und hat gesehen, wie kleine Jungen und Mädchen den lieben langen Tag hinter Kühen und Gänsen herlaufen müssen? Hat er noch gar nichts von Korkstoffereien gehört und von Saujagden, wo die Jungen Treiberdienste verrichten müssen? Weiß er nichts vom Mühenziehen und Aehrenlesen und hat er noch keinen Blick in die Biegeleien und sonstigen landwirthschaftlichen Betriebe geworfen? Oh! er mag nur hinausgehen und sich das Leben und Treiben einmal ansehen. Aber auch hier darf er nicht beim Dorfgezwungen einkehren, sondern er muß in die Hütte treten, dort muß er Erkundigungen einziehen. Er wird — das sagen wir ihm im Voraus — sein blaues Wunder erleben. Und nun meint er noch „Viele (der Kinder) sind roh in ihren Ausdrücken und ihrem Benehmen gegenüber den Mitschülern, mürrisch und trotzig gegen den Lehrer“ und er kommt zu dem Schluß, daß Kinder, die bei der Arbeit mit Erwachsenen umgehen, zur Arbeit gezwungen werden und Vergleiche zu den glücklicheren Altersgenossen ziehen können, sehr empfänglich für „sozialdemokratische Irrlehren“ seien. Gehungert, gefroren und gefrohndet haben Sie wohl in ihren Kinderjahren nicht und deshalb können Sie sich auch nicht in den Gedankengang des kleinen Arbeiters hineinsetzen. Diese kleinen unglücklichen Proletarier werden einst Soldaten der Freiheit sein. Darin haben Sie einmal ausnahmsweise Recht, Herr F. V.

lassen, um ihre Bestellungen zu machen, für die oft erst besonders geschlichtet werden muß. Da die sanitätpolizeiliche Aufsicht in der Dunkelheit eine weit schwierigere ist, so werden in der letzten Stunde oft Thiere getödtet, die der Fleischbeschauer sonst nicht durchläßt. Eine Verständigung über das neue Reglement ist also erzielt und es bleibt nur abzuwarten, bis dieses von der Seinepräfektur erlassen wird. Inzwischen wird das Fleisch aber erheblich theurer.

Ueber den Kampf der englischen Maschinenbauer schreibt „Daily Chronicle“: „Immer schwächer und schwächer wird die Hoffnung, daß es noch zu einer Konferenz zwischen den Unternehmern und den Arbeitern kommen werde. Wohl fährt Herr Ritchie mit seinen Versuchen noch fort, die Unternehmer zur Vernunft zu bringen, aber diese sind jähstarrig. Sie sind der Meinung, daß es die Arbeiter doch nur noch ein paar Wochen aushalten, dann müßten sie nachgeben und die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen.“ — Und in der That, die Arbeiter haben einen harten Stand; die Armee der Arbeitslosen, der zu Unterstüßenden ist eine gewaltige. Die 60 000 Mitglieder der Maschinenbauergewerkschaft, die in Arbeit sich befinden, werden in den nächsten Wochen noch höhere Beiträge zur Unterstützung der Arbeitslosen zahlen müssen. — Der Sekretär der Vereinigten Gesellschaft der Maschinenbauer hatte gestern eine Besprechung mit dem Präsidenten des Handelsamtes. Letzterer will, wie verlautet, die Maschinenbauer veranlassen, auf die Bedingung, daß die Konferenz unter einem unparteiischen Vorstehenden zusammentreten soll, zu verzichten. — Eine Depesche aus London von gestern meldet: Die vereinigte Gesellschaft der Maschinenbauer erließ gestern ein Manifest, das den erbarmungslosen Kampf des Verbandes der Unternehmer gegen den Trade-Unionismus näher charakterisirt. Die Arbeiter aller Länder werden um Beiträge ersucht, damit die Maschinenbauer den Kampf gegen die stärkste Koalition von Kapitalisten, die je bestand, fortsetzen und ihr bedrohtes Koalitionsrecht retten.

Ans Ruh und Fern.

Ein seltsamer „Spiritist“ stand am Donnerstag vor der Strafkammer des Hamburger Landgerichts. Der Angeklagte ist ein 19jähriger Handlungslehrling und nebenbei Anhänger des Spiritismus. Im Mai theilte ihm ein befreundeter Kommis, den er in die Geheimnisse des Spiritismus eingeweiht hatte, mit, daß er in seiner Klasse einen Ueberschuß von 70 Mk. habe, den er nicht aufzuklären wisse. Der Angeklagte zeigte sich bereit, durch seinen spiritistischen Verkehr mit der Geisterwelt dem Freunde Aufklärung über den Kassensüberschuß zu verschaffen. Dies that er in der Weise, daß er den Geist seines „Onkel Ernst“ citirte, der ihm denn auch offenbarte, daß Onkel Ernst dem Freunde die 70 Mk. in die wohlverschlossene Kasse praktizirt habe und auch bereit sei, den Ueberschuß wieder zurückzunehmen. Eigenhändig vermochte er dies allerdings nicht. Der Angeklagte übergab dem Freunde ein vom Onkel Ernst eigenhändig ausgestelltes Schriftstück, worin der Geist den Kommis „ganz ergebenst“ aufforderte, die 70 Mk. seinem Medium, dem Angeklagten, zu übergeben. Der gläubige Kommis leistete dem Folge. Im Juni entdeckte derselbe Kommis dann in

Soziales und Partei-Leben.

Zum Streik der Schlachter in Paris. In einer Versammlung, die auf dem linken Seine-Ufer abgehalten wurde, gelang es den Führern der Streikbewegung unter den Schlachtern, auch die Schlachter der Schlachthäuser von Vaugirard und Grenelle für den Ausstand zu gewinnen. Die Großschlachter sind jetzt mit dem Streik ganz zufrieden, weil sie hoffen, daß so das Reglement, betreffend die Arbeit in den Schlachthäusern, abgeändert würde. Gegenwärtig beginnt die Arbeit um zwei Uhr Morgens und währt wegen der Saumseligkeit der Detailverkäufer bis zum Abend, da diese erst beim Einbruch der Nacht die Wirthshäuser ver-

Helene.

Roman in drei Büchern von Minna Kautsky.

(39 Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Es ist Nacht; ein Lämpchen mit blauem Glase verbreitet einen fahlen Schein um sie her, aber zwischen den geschlossenen Vorhängen hindurch bringt das graue Licht des erwachenden Morgens ein.

Sie ist nun völlig erwacht . . . Wo ist ihr Kind? Gestern hatte man es ihr den ganzen Tag nicht gebracht — es schlief, sagte man ihr, sobald sie nach ihr verlangte — schläft es noch immer? — Sie ruft; die Wärterin, welche neben ihr auf dem Divan ruht, erwacht nicht.

Aber da liegt deren Kulle. . . Sie erhebt sich, wirft das weite Gewand über sich und huscht über den dicken Teppich, nach der Kinderstube, gleich nebenan . . . dort ist es Tag.

Weshalb brennen Kerzen in jener Ecke? Woher rührt dieser fade, widerliche Geruch, der ihr entgegenströmte?

Da sind Blumen — Blumenduft ist's. Sie will sich beruhigen, aber ihre Beine beginnen zu zittern, während ihre Augen unverwandt nach dem kleinen schwarzen Rasten blicken, der von Blüthen fast überdeckt ist.

Da — mit einem Satz ist sie an der Stelle und beugt sich darüber.

Da ruht ihr Kind — es schläft — warum unter Blumen?

Sie sieht in das kleine Gesicht. Es ist so grau — ein Nichts — lebloser als eine Puppe.

Langsam hebt sie die Hand und streicht darüber hinweg — kalt, todt!

Sie weiß es, aber sie kann es nicht fassen und immer noch blickt sie darauf, bis Schauer sie überrieselt, bis die Todeskälte ihr bis an's Herz bringt und sie bewußtlos zu Boden stürzt . . .

Langsam rollt ihr die Thräne über die blasse Wange — sie wischt sie nicht ab.

Wie war sie damals so unglücklich, so innerlich gebrochen gewesen, die fürchterlichste Leere im Herzen.

Aber dieses Herz war noch jung und es erwachte zu neuer Kraft und verlangte nach Freude und Glück.

Glück? wo dachte sie's denn zu finden? . . .

Sie ward in die Gesellschaft eingeführt. . . Theater, Bälle, Concerte — welche neue Lockungen und welche Reizungen!

Sie sieht sich in Puß und Schimmer, mit nackten Schuftern und Armen — sie war schön und freute sich dieser Schönheit.

Und bald dachte sie an nichts anderes mehr, als sie immer verführerischer vor diesen Männern zu entfalten, deren Verworfenheit sie kannte.

Wie sie das innerlich verwüstete und verdarb!

Sie warf die Hände vor ihre Augen, streckte sie aber sofort mit einer Geberde des Abscheues weit von sich.

Pfui, ihre Hand, die der Alte mit den wellen, zitternden Lippen berührt hatte, roch nach Verwünschung. . .

Sie rieb mit dem Tuche darüber hinweg, — wird sich das jemals verwischen lassen?

Aber weshalb sollte sie so empfindlich sein? War es nicht klüger, die Listernheit des Ministers zu benutzen, um daraus für den eigenen Mann Vortheil zu schlagen?

Er erwartete es von ihr, die er als ein völlig unnützes Geschöpf betrachtete, daß er bisher umsonst gefüttert — pfui — pfui, pfui!

Ein blendender, das ganze Firmament in Feuer

tauchender Blick fuhr im Zick-Zack hernieder, dem ein dröhnender Donner folgte, und sich duckend vor dem Blitz, erzitternd unter dem Donnerschlag streckte sie doch die Hände gegen den Himmel empor:

„Tödtet mich“, ruft sie wie im Wahnsinn, „sonst muß ich es thun!“

Sie kann nicht länger leben — sie will nicht — sie fühlt sich zu tief entwürdigt — der Ekel ist da, der Ekel vor Anderen und vor sich selbst. . . . Sie ist eine Schuldige, oder will sie's ableugnen, daß Morre's flammende Blicke ihr Blut entzündet haben?

Sie fühlt ihn wieder, wie er sich über sie hinbeugt, sie fühlt seinen Athem — und sie sträubte sich nicht — denn sie verlangte nach ihm. . .

Und Er hat es gesehen — Konrad!! Wie schlecht muß er jetzt von ihr denken! Wie tief sie verachten —!

Ihr Gesicht verzerrt sich in bitterster Seelenqual.

Dann wirft sie wie im wildesten Troz, der nach nichts mehr fragt, den Kopf zurück.

Was liegt daran! wenn sie todt ist, wird sich Niemand darum bekümmern, ob sie gut oder schlecht war, wer wird überhaupt nach einem solchen Nichts fragen, wie sie es gewesen!?

Und warum will sie auch nur einen Augenblick länger dies erbärmliche Dasein ertragen?

Einige Schritte von hier, in ihrem Schrankte verwahrt sie ein Fläschchen mit Morphinum, zehn Tropfen hat ihr der Arzt verordnet, sie wird es auf einmal leeren und Alles ist vorüber.

Sie will sich erheben, aber ihre Glieder sind von dem inneren Kampfe wie gelähmt, und sie bringt es nur zu einer händeringenden Geberde der Verzweiflung.

Ihr Stuhl schaukelt leise, und in plötzlicher Ermattung läßt sie sich wieder in denselben zurückfallen.

Ja, so hatte sie sich bisher immer einlassen lassen

seinem Portemonnaie ein Zehnmarkstück, das er sich nicht erinnerte, selbst hineingelegt zu haben. Dies Goldstück hatte selbstverständlich ebenfalls „Onkel Ernst“ in das Portemonnaie hineingezaubert. Nach einiger Zeit ging aber dem spirituell angehauchten Kommiss ein antispiritistisches Licht auf, indem er die Entdeckung machte, daß er einen Posten von ca. 70 Mk. vereinnahmt, aber übersehen hatte, in das Kassenbuch einzutragen. Als er dies dem Angeklagten mitteilte, erklärte dieser den Geist des „Onkel Ernst“, welcher erklärte, daß er nur den Beweis geliefert habe, daß er nicht bloß Geld herbeischaffen, sondern auch Geld verschwinden lassen könne. Der Angeklagte schob im Termine Alles dem Geiste des Onkel Ernst in die Schuhe, es wurde ihm aber vom Vorsitzenden entgegeng gehalten, daß die von dem Geiste des Onkel Ernst geschriebenen Zettel eine auffallende Ähnlichkeit mit des Angeklagten Handschrift hätten. Um ihm dem Einflusse des bösen „Onkel Ernst“ zu entziehen, verordnete ihm der Gerichtshof eine Entziehungskur von 6 Monaten wegen Betruges.

Der Teufel und die Krankenschwester. Man schreibt der „Frankf. Ztg.“: Es ist bekannt, daß die frommen sogenannten Volkskalender gerade für gut gehalten werden, die autglaubigen Leser mit allerlei Aberglauben und Wundergeschichten zu regalisieren. Besonders eifrig bei diesem Geschäft ist die Verlagsbuchhandlung von Rudolf Vbt in München, die einen Lourdes-, Armen-Seelen-, Herz-Jesu- und andere Kalender herausgibt. In dem letztgenannten findet sich eine hübsche Geschichte vom bösen Feind, wie er sich auf der Welt zeigt. Ein Vikar J. G. P. in Dalheim erzählt dort von einem gottlosen Manne, der auf dem Todtenbette von einer Krankenschwester besucht wird. Der Teufel, der sich wahrscheinlich schon auf die Seele gefreut hat, wird, als er sich um die Beute betrogen sieht, natürlich sehr ungemütlich und nun höre man seine Rache: „Nachdem die Schwester die Leiche verlassen und den Weg nach Hause eingeschlagen, hört sie hinter sich ein Platschen. Da plötzlich ein Ruck — und der Regenschirm, den sie fest in der Hand hielt, ward zur Seite geschoben. Neben ihr stand ein Ungethüm, das ihr aus weit aufgerissenen Rüstern einen überaus übelriechenden Schwefelbampf in's Angesicht blies, so daß die Schwester wie angebannt stehen blieb und alle Mühe hatte, sich aufrecht zu erhalten. Auch das Ungethüm blieb stehen. Es hatte die Größe eines Pferdes und sein schwerfälliger Gang hatte das Platschen verursacht. Dazu schnaukte es fürchterlich. Schwester Katharina machte das hl. Kreuzzeichen und ging voran; aber mit ihr hielt ihr Begleiter gleichen Schritt. Sie wollte beten und begann wohl zwanzig Mal das Vater Unser, aber sie kam nicht voraus und nicht zu Ende mit dem Gebet. Dazu streckte das Ungethüm alle drei bis vier Schritte seinen häßlichen Kopf vor das Gesicht der Schwester, glohte sie mit den großen, funkelnden Augen an und gab ihr wieder eine Dosis Schwefelbampf zu verkosten. So platschte es an ihrer Seite fort, daß die Spritzen ihr in's Nuttlig führen, bis sie an das Gartenthor der Schwester-Wohnung kamen. Als die Schwester sich links zur Thür wandte, schlug ihr Begleiter nach rechts den Weg zum Kirchhofe ein. Die ganze Nacht schloß Schwester Katharina kein Auge. Als am folgenden Morgen Schwester Louise die beschmutzten Kleider ihrer Mitschwester sah, fragte sie nach der Ursache. Aber nur dem Herr Pfarrer theilte sie den nächtlichen Hergang mit, der in dem Ungethüm den bösen Feind erkannte, der sie seine Rache fühlen lassen wollte, ihr aber weiter nichts anhaben konnte. — Nun weiß man also doch, wie der böse Feind ausieht, wenn er die Menschen mit seinem Besuche beehrt.“

Ist ein Schriftsetzer für fehlerhafte Druckarbeiten verantwortlich? Die Firma G. u. Sp. zu Leipzig klagte gegen den Schriftsetzer O. auf Zahlung von 45 Mk. Schadenersatz. Sie

bezüglich ihrer Klage damit, daß O. beauftragt worden sei, aus stehendem Satz die Neuauflage eines Katalogs herzustellen. Die Firma hat den neuen Satz nicht von einem Korrektor korrigieren lassen, sondern mit Fehler in Druck gegeben. Für diese Fehler soll nun O. verantwortlich gemacht werden und den angeblich der Firma entstandenen Schaden tragen. Die sachverständigen Besizer erklärten, daß ein Setzer nicht für Satzfehler verantwortlich gemacht werden könne, dafür habe jede Buchdruckerlei die verantwortliche Person, den Korrektor. Die Firma sah ein, daß die Klage aussichtslos sei und zog sie im Wege des Vergleichs zurück.

Der beleidigte Zentrumskandidat. Der Redakteur der „Freisinnigen Zeitung“ und der Herausgeber des freisinnigen Blattes in Wiesbaden haben vom Schöffengericht wegen Beleidigung des Herrn v. Fugger, des Zentrumskandidaten bei der letzten Reichstagswahl, zu je 500 Mark Geldbuße verurtheilt. Die Verurtheilung des „Niederschlesischen Anzeigers“ in Glogau aus gleichem Anlaß ist schon früher erfolgt. Dem Beleidigten wurde die Befugniß zugesprochen, das Urtheil in der „Germania“, der „Frankfurter Zeitung“ und Wiesbadener Blättern zu veröffentlichen. Während der Agitation vor der Nachwahl zum Reichstags im Sommer, in der v. Fugger als Kandidat des Zentrums aufgetreten war, hatte die „Freisinnige Zeitung“ von diesem behauptet, er wäre unehelich geboren und hätte früher den Namen seiner Mutter, einer ehemaligen Schauspielerin, geführt. Das Gericht hat den vom Kläger angetretenen Beweis, daß sein Vater mit der Schauspielerin Kreutzer, eigentlich Moth, aus Nürnberg die Ehe geschlossen hatte, er also ehelich geboren sei, als geführt angesehen.

Der mittelärzliche Erzieher des Kaisers. Im Februar d. J. wurde der frühere Hauptmann im 1. Garderegiment und Gouverneur des Kaisers, O'Danne, verhaftet, weil er bei verschiedenen höheren Offizieren Erpressungen versucht hatte. Im Laufe der Untersuchung ergab sich Zweifel an seiner Berechnungsfähigkeit. Er wurde zur Beobachtung in die Irrenanstalt zu Sarragemi und gebracht. Das Gutachten des Anstaltsdirektors lautete auf Unzurechnungsfähigkeit. O'Danne, der bereits acht Jahre im Gefängniß, davon drei Jahre Einzelhaft verbüßt hat, schreibt noch fortwährend Briefe des sonderbarsten Inhaltes an hochgestellten Persönlichkeiten, die natürlich nicht befreit werden. Da O'Danne seinen Unterstüchtungswohnsitz und sein Heimathrecht, das ihm bei seiner Uebernahme als preussischer Offizier verliehen worden war, wieder verloren hat, so ist man nach der „Voss. Ztg.“ in großer Verlegenheit, wer die Kosten der Unterbringung in einer Irrenanstalt zu tragen hat, denn auch Großbritannien — O'Danne ist geborener Irelander — erkennt seine dortige Staatsangehörigkeit nicht an. Vorläufig sibt O'Danne wieder in Untersuchungsgefängniß, wird aber demnächst nach Straßburg in die psychiatrische Klinik übergeführt werden, weil ein Gutachten darüber eingeholt werden soll, ob man ihn laufen lassen kann oder nicht.

Verhafteter Gefängnisinspektor. Der Berliner „Volks-Zeitung“ wird aus Nienbach o. d. Elbe telegraphirt: Nach einer außerordentlichen Revision der hiesigen Gefängnisbehörde wurde ein hoher Fehlbetrag erbracht. Der Gefängnisinspektor Kreuzin ist in Folge dessen verhaftet worden.

Bullmann's Nachlass. Der verlorbene Millionär Bullmann, der Erfinder der Schlafwagen, hat seiner Wittve sein Haus und 1250 000 Dollars vermacht. Jede seiner Töchter erhält 250 000 Dollars. Seine beiden Söhne George und Sanger bekommen nicht mehr als eine Jahresrente von 3000 Dollars. Die Gründe für die letztere Handlungsweise sind im Testament angegeben: „Keiner von meinen beiden Söhnen hat solches Verantwortlichkeitsgefühl entwickelt, wie es zur Verwaltung großer Vermögen nöthig ist. Deshalb bin ich

zu meinem Leidwesen gezwungen, ihnen nur so viel zu hinterlassen, wie für ihren Lebensunterhalt genügt. — Da sind die Millionärsöhne jedenfalls gut erzogen worden.“

Eine interessante Probe auf das Gedächtniß des Pferdes fand jüngst in Konig statt. Bekanntlich sind die Postpferde an jenem Abend, an dem vor mehreren Monaten der Postillon Fritz erschlagen worden ist, an der Posthalterstelle Babylon vorbeigefahren, ohne anzuhalten. Daraus schloß man, daß ein Unbefugter, jedenfalls der Mörder, die Bügel an sich gerissen und die Pferde mit Gewalt zum schnellen Vorbeifahren angetrieben habe, vielleicht um die Entdeckung seiner That noch hinauszuschieben. Es tauchte aber auch die Annahme auf, die Pferde seien, da der Postillon betrunken gewesen sei und die Bügel losgelassen habe, führerlos an der Haltestelle vorbeigefahren. In voriger Woche nun begaben sich der Ober-Staatsanwalt, der Erste Staatsanwalt, der Postdirektor und der Posthalter nach Bechlau und fuhrn Abends mit der Post und den an dem Nordabende vorgespannt gewesenen Pferden über Babylon nach Konig zurück. Vor Babylon wurden die Bügel vollständig losgelassen, und — die Pferde lenkten trotz der Dunkelheit vollständig sicher von der Chaussee ab und hielten vor dem Gasthause. Als sie gleich darauf, ohne anzuhalten, vorbeigefahren sollten, war eine erhebliche Kraftanstrengung erforderlich, um sie auf der Chaussee zu halten.

Gehtolene Staatsgeheimnisse. Der „Patrie“ zufolge ist ein Diebstahl diplomatischer Schriftstücke am 2. d. M. unter geheimnißvollen Umständen auf dem Pariser Obbahnhofe begangen worden. Der Sekretär der französischen Gesandtschaft in Kairo, Fernand Rivot, wollte mit dem Orientexpres abreisen und vertraute seinen Koffer einem Gepäckträger an, um eine Zeitung zu kaufen. Als er nach kaum einer Minute zurückkam, war der Koffer, der mit wichtigen Dokumenten gefüllt war, verschwunden. Der Gepäckträger wußte keine Auskunft darüber zu ertheilen, wie dieser geheimnißvolle Diebstahl verübt worden war.

Ueber eigenartige Wettkämpfe in Deutsch-Westafrika berichtet die „Sportwelt“. Bei Lome im Togo Land haben am 25. Juli unter Teilnahme von Mitgliedern der deutschen Schutztruppe Wettkämpfe stattgefunden, darunter ein Hängematten-Rennen für je vier Träger. Die Hängematten mußten durch einen Weissen behrt werden. Ein Preis des stellvertretenden Landeshauptmanns war für Pommes aller Größen (im Besitz von Eingeborenen und von solchen zu reiten) ausgesetzt. Ein Tanzziehen für Soldaten, Wey boys und Kro-boys und Sacklaufen für Eingeborene leitete zu dem Pier und Cigaretten-Rennen hin, daß für Pferde aller Größen offen war. Die Reiter hatten auf ihrer Zahl entsprechende, 200 Meter entfernt stehende Soldaten zuzureiten, abzusitzen, ein ihnen von den Soldaten gereichtes Glas Bier anzutrinken, eine Cigarette anzuzünden, wieder aufzusitzen und zum Start zurückzukehren. Der Gewinner mußte den Störposten noch mit brennender Zigarette passiren. Die Preise bestanden für das Hirschenreiten durchweg aus Ehrenpreisen und für die Eingeborenen in den athletischen Sports aus einer Prämie von 1 Mark pro Kopf, während der Preis des Landeshauptmanns 100 Mark betrug. Auf der Rennbahn waren zwei Plätze eingezichtet, der erste nur für Subskribenten und Gäste oder gegen ein Eintrittsgeld von 10 Mark, für das allerdings Erfrischungen unentgeltlich gereicht wurden, und der zweite vollständig frei. In den Zwischenpausen konzertierte die Musik der Schutztruppe.

von Trägheit und Feigheit — wird es jetzt auch so sein?

Pfötzlich zuckt sie zusammen, ihre Augen vergrößern sich, sie beugt sich vor und horcht.

Sie hat leise, vorsichtige Schritte vernommen und wie sie jetzt aus ihrem dunklen Winkel durch ein auf den Balkon gehendes Fenster in die erleuchtete Stube hineinblickt, sieht sie einen Schatten die Wände entlang gleiten.

Es ist Morre.

Ihr stockt das Blut.

So weit ist's gekommen! nächtlischerweise schleicht man sich zu ihr, wie zu einer Dirne — das ist das Ende von Allem. Die Schritte nähern sich der Thür — im nächsten Augenblick wird er an ihrer Seite sein.

Sie denkt nicht mehr und folgert nicht, in Wellen flutet es ihr zum Herzen, ein Jittern überfällt sie, sie erwartet ihn wie ein Verurtheilter den Todesstreich.

Da zuckt ein rothflammender Blitz grade vor ihr hernieder, und Blitz und Schlag sind eins.

Das Haus erzittert in seinen Mauern, während sie in halber Bewußtlosigkeit in den Sessel zurücksinkt, mit geschlossenen Augen.

Aber gleich darauf reißt sie sie wieder auf, von dem Feuerchein geblendet.

Der Blitz hat eingeschlagen und gezündet.

An der Straße unweit des Hauses steht eine Telegraphenstange in Flammen.

Niemand denkt daran, sie zu löschen.

Herzweilende umringen einen Wagen, der eben die Straße heraufgekommen war und dicht bei der Stange Halt gemacht hat.

Sie rufen einander zu in Verwirrung und Schreck — da ist ein Unglück geschehen — der Blitz hat getöbtet.

Sie springt empor.

Wille und Kraft ist ihr wiedergekehrt, zugleich mit der herzerschütternden Angst um ein Menschenleben.

Ohne Bogen tritt sie die Stube — sie ist leer.

Wie ein Dieb hatte sich Morre hineingeschlichen und wie ein solcher wieder davongemacht, als der Blitzschlag das Haus alarmirte. Er hatte die nicht entdeckt, die er suchte, denn auf dem Balkon, dem Unwetter preisgegeben, hatte er sie nicht einmal vermuten können.

Sie dachte nicht weiter an ihn, sie stürzte gegen die Thür.

Sofie kam ihr entgegen.

„Gnädige Frau, erschrecken Sie nicht — sie bringen ihn — aber das Pferd ist todt.“

Sie hielt sich bei dem sinnlosen Berichte nicht auf; schon hatte sie die Thür nach dem Vorhause aufgestoßen und befand sich zwei Männern gegenüber, die einen dritten, den sie aus dem Wagen gehoben hatten, in ihren Armen hielten.

Es war Max Gebhart.

Einige Minuten später befindet er sich in sorgfältiger Lagerung auf Helenens Bette.

Er ist unversehrt. Der vor ihm niedersahrende Blitzschlag, der das Pferd gestreift und getöbtet, hatte ihn nur vorübergehend betäubt; sein Herz schlägt schwach, aber ruhig. Zu seinem Haupte brennt eine Lampe mit mattem Glas. Helene ist allein bei ihm, sie sitzt an dem Bette und blickt unverwandt in sein blaßes Gesicht, mit den bläulichen Schatten um die tief eingesunkenen, geschlossenen Augen. Es schien ihr das eines Sterbenden.

Sie hatte ihm mit Essig die Stirne gewaschen und die feuchten Tropfen hingen noch in seinen Haaren. Sie erhebt sich, und sich über ihn beugend, wischt sie sie in leiser Berührung hinweg und streicht ihm das Haar aus der Stirne.

Da öffnete er die Augen und blickt voll in die ihrigen, die in Thränen stehen, voll inniger Sorge und unendlichem Mitleid.

Er hat ein seliges Lächeln.

„Jetzt möchte ich sterben“, flüstert er und erbleicht noch tiefer, und ihr ist, als erlösche er vor ihren Augen.

„Nein, nein, nicht sterben“, ruft sie angstvoll bewegt und faßt ihn an den Schultern mit beiden Händen, „nicht sterben!“

Vor diesem hippokratischen Antlitz erscheint ihr der Tod, den sie gerufen und für sich begehrt hatte, in seiner ganzen Furchtbarkeit, und wie im Entsetzen über ihr eigenes, unabwendbares Schicksal schlägt sie die Hände vor ihr Gesicht:

„Es ist schrecklich, zu sterben!“

„Nicht für den, Helene, der sich untergehen fühlt, bei dem sich das Leben langsam verzehrt.“

„Aber für den, der es selbst vernichtet, plötzlich erlöschen macht!“ ruft sie fast wild, und über das jähle Wort erschreckend, bricht sie in ein krampfhaftes Schluchzen aus.

Er starrt sie an — sie läßt den Kopf gegen das Bett sinken und schluchzt und schluchzt.

Der Leidenszug in seinem Gesicht gräbt sich noch tiefer, aber er verhüllt sich ruhig.

Er hat sie verstanden, er begreift ihre Verzweiflung, die sie zum Außensten treibt. — Er läßt sie weinen — sie solle sich weinen.

Aber in Gedanken nimmt er sie an sein Herz und all' die hier selbst aufgespeicherte Bärtlichkeit strömt über sie hin.

(Fortsetzung folgt.)